

Populismus und Islam in der Türkei

HILAL ONUR INCE

Historisch und traditionell stützt sich die türkische Rechte nicht auf ein demokratisches Bewusstsein, sondern auf Nationalismus und eine autoritäre Staatsgesinnung. Mit den Ideologien des nationalistischen Türkismus und eines türkischen Islams konnte die Rechte bis heute politisch ihre Stellung halten. Von der nationalistisch-konservativen ebenso wie von der islamistischen Intelligenz wird die Rechte theoretisch gestärkt. Stellen wir eingangs Folgendes fest: Die politische Rechte, insbesondere die derzeitige Regierungspartei AKP (Adalet ve Kalkınma Partisi/Partei der Gerechtigkeit und Entwicklung), kann weder als konservativ im klassischen Sinne, noch als eine kulturelle Kategorie begriffen werden (vgl. Kahraman 2007). Was die Ortsbestimmung der politischen Rechten so schwierig macht, sind ihre kulturellen Defizite. Denn ohne eine moderne politische Kultur und damit einhergehend ohne deren Übertragung auf demokratische Politik, war und ist die Rechte in einer dogmatischen Mechanik gefangen. In der AKP kristallisiert sich eben dieses Erbe heraus. Auch wenn die AKP sich als „konservativ-demokratisch“ bezeichnet und seit 2002 eine Mehrheitsregierung führt, verfolgt sie eine hegemoniale Politik der „verschleierte“ Islamisierung der Gesellschaft.

War die politische Rechte bislang nicht in der Lage, die Grundpfeiler der Republik – Säkularismus und Republikanismus – zu unterminieren (vgl. Heper/Criss 2009), entwickelt sich die AKP mehr und mehr zu einem Sammelbecken antimoderner Politik. Im Jahre 2001 spaltete sich eine Gruppe von jüngeren „Reformisten“ aus dem Gefolge der „traditionalistisch islamistischen Politik“ ab und gründete die AKP. Mit Beginn der AKP-Ära versuchten diese Kader, sich und ihre Familien als Vorbilder einer modernen Türkei darzustellen, unterstützten aber gleichzeitig mit zivilen und bürokratischen Mitteln islamistische Gruppierungen und zahlreiche stark vernetzte „Tarikats“ (Bruderschaften). Soziale Belange wurden an die Bruderschaften delegiert, und es wurde die Verbreitung einer „islamischen Lebensweise“ eingefordert. Diese von der AKP „konservative Demokratie“ genannte, aber im Kern islamorientierte „Sozialpolitik“ bezweckte die Gründung eigener

Nichtregierungsorganisationen (NGOs). Einmalige Hilfen für Arme und Bedürftige, gefördert von der islamistischen Gemeinschaft und „deren NGOs und kommunalen Verwaltungen“, enthalten „strukturelle und programmatische Formen“ islamistischer Politik an der Basis (Kurt 2009: 9f.).

Seit 2002 regiert die AKP mit einem autokratischen Ministerpräsidenten Erdogan, der sich in Wort und Haltung gegen jedes kritische Urteil an seiner Staats- und Wirtschaftspolitik verwehrt. In seiner persönlichen Weltanschauung bezieht sich Erdogan zwar auf die Religion, in der Wirtschaftspolitik nennt er sich jedoch vorzugsweise liberal und kommunitaristisch und auf politischer Ebene einen konservativen Demokraten. Den Begriff „islamischer Demokrat“ lehnt er vehement ab: „Lassen Sie mich ganz deutlich auf eine Tatsache hinweisen – wir finden es nicht angebracht, Religion und Politik zu vermischen. [...] Wir sind keine islamischen Demokraten, wir sind konservative Demokraten. Manche im Westen porträtieren uns als islamische Demokraten, aber unsere Vorstellung von der konservativen Demokratie ist, uns auf die Gewohnheiten, Traditionen und Werte unserer Gesellschaft zu berufen, die auf dem Bestand der Familie fußen. Dies ist eine Frage der Demokratie, nicht der Religion“ (vgl. Gözaydin 2008: 173). Erdogans Begriffswahl irritiert, denn in einer patriarchalischen Gesellschaft wie der Türkei kann eine konservative Haltung, die auf Familienwerten beruht, als eine persönliche Entscheidung aufgefasst werden, doch ist sie vor allem eine politische Affirmation religiös fundierter Traditionen. Innenpolitisch lenkt die Regierung von ihrer Unfähigkeit durch Themen ab, die zu einer Polarisierung zwischen Säkularisten und der Regierung führen, und beschäftigt die Bevölkerung mit Fragen, die nicht die materiellen Probleme der Menschen berühren. Daher wäre ein Paradigmenwechsel hin zu einer Politik angebracht, die den realen gesellschaftspolitischen Problemen gerecht wird. Aber anstatt Anstrengungen zu unternehmen, um die hohe Arbeitslosigkeit von 13 Prozent, die Auswirkungen der Welt-Finanzkrise, die unendliche Geschichte der EU-Integration zu bewältigen, wird durch „Debatten über militärische Eingriffe und militärische Gerichtsbarkeit ein Klima geschaffen“, in dem die Front zwischen Regierung und Militär bzw. Regierung und Opposition künstlich dramatisiert und mit Appellen an das Volk populistisch ausgebeutet wird (vgl. Keyman 2009: 5).

Die zunehmende Islamisierung der Gesellschaft unter der AKP geschieht durch Veränderung kultureller Normen und Kleidungsvorschriften für Frauen im Namen der Religion. Doch noch wichtiger sind die derzeitigen Verschiebungen in den auswärtigen Beziehungen und das Streben der türkischen Regierung nach einer ominösen Nähe zu den Islamisten. Seit Beginn ihrer Regierungszeit zielt die AKP auf einen beschleunigten Abbau grundlegender republikanischer Werte. Besonders der Säkularismus stellt einen Angriffspunkt dar und wird mit populistischen Parolen, willkürlichen Festnahmen von Intellektuellen, Journalisten und pensionierten Militärs sowie Eilprozessen angeprangert und bekämpft. Die AKP kann hier auf die Unterstützung großer Teile der Gemeinschaften zurückgreifen, die seit den

50er Jahren als Gegenkraft zu linker Politik staatliche Förderung genießen: der islamistischen Tarikats. Die Macht der AKP ist keine Momentercheinung, zumal sie umgeben ist von zahlreichen Tarikats. Eine dieser einflussreichen islamistischen Gemeinschaften ist die Fethullah Gülen-Bewegung, die seit den 70er Jahren aktiv ist, aber seit 1980 ihre straffe Organisation maßgeblich in der Politik einsetzt. Zunächst jedoch einige Anmerkungen zum Aufstieg der AKP.

DAS ZUSAMMENSPIEL VON RELIGION UND POLITIK – DER AUFSTIEG DER AKP

Die Mehrheit der AKP-Gründungskader waren ehemalige Anhänger der islamistischen Milli Görüs, der „Nationalen Sicht“ (Yildiz 2003), und hatten führende Positionen in allen bereits vom Verfassungsgericht verbotenen islamistischen Parteien inne. Doch von Anfang an haben sich die AKP-Funktionäre bemüht, sich von der islamistischen Haltung der Milli Görüs zu distanzieren und stellten sich als „konservativ demokratisch“ dar (Atacan 2005). Gleichzeitig bildete die AKP ein Sammelbecken für unterschiedliche Tendenzen der türkischen politischen Rechten. Die Wahl der AKP kann auf die Schwäche der Mitte-Rechts-Parteien zurückgeführt werden, denn sie stieß in das politische Vakuum, das durch Fragmentierung und erbitterten Kampf zwischen diesen Parteien entstand. Aufgrund einer zehn Prozent-Hürde, die dafür sorgte, dass fast die Hälfte der Stimmen unrepräsentiert blieb, bildet eine Partei mit islamistischen Wurzeln zum ersten Mal in der türkischen Geschichte eine Mehrheitsregierung. Seit 2002 stellt die AKP mit etwas mehr als einem Drittel der Stimmen fast zwei Drittel der Parlamentarier (vgl. Acikel 2003).

Eine Reihe von Wissenschaftlern und politischen Entscheidungsträgern im In- und Ausland feierte den AKP-Erfolg als einen historischen Sieg der „Peripherie“ über das „Zentrum“.¹ Hier bedeutet die Peripherie den kulturellen und politischen Bereich der unterdrückten und ausgegrenzten Mehrheit, das heißt der „Gesellschaft“ als Gegensatz zur Staatselite, während unter dem Begriff „Zentrum“ der Staat und die säkulare militärisch-zivile Bürokratie verstanden wird.² Dieser Ansatz definiert nicht nur Staat und Gesellschaft als getrennte Bereiche, sondern geht zugleich von einer konstanten historischen Auseinandersetzung zwischen der Gesellschaft (Peripherie) und dem Staat (Zentrum) aus. Dieses „Staat-versus-Gesellschaft-Konzept“ sieht innere Gegensätze und Kämpfe innerhalb staatlicher Institutionen als Ergebnis von Konflikten zwischen Elitegruppen, die das alte Staatszentrum vertreten und Gegeneliten, die die „Gesellschaft“, gewissermaßen das „Volk“ repräsentieren, nicht jedoch als Konsequenz materiell fundierter Widersprüche innerhalb von Staat und Gesellschaft. Es porträtiert ausschließlich einen Kampf um den Staat zwischen verschiedenen politischen Kräften (vgl. Hosgör 2008). Der Grund jedoch für die Zuspitzung von Kon-

flikten „liegt vor allem in staatlichen Maßnahmen“; was geschieht, „ist nicht das Ergebnis der Auseinandersetzung um den Einfluss im Staate zwischen verschiedenen Gruppen“ (ebd.: 27). Dieser Staat-versus-Gesellschaft-Ansatz ignoriert, dass seit 1983, also mit dem vermeintlichen Übergang vom Militärregime zur zivilen Regierung, „die offiziellen Bediensteten sich genötigt sahen, der konstruierten Polarisierung zwischen Staat und Gesellschaft eine demokratische Legitimität und Langlebigkeit zu verschaffen, mit dem Ziel der völligen Umstrukturierung des türkischen Staates“ (Navaro-Yashin 2002: 136). Mehr noch, die Dichotomie zwischen Staat und Gesellschaft, die diesen spezifischen Populismus kennzeichnet, „bildet die Grundlage für neue Ideologien der Gewalt in der Türkei, die um Einfluss im Staate ringen. [...] In der Tat wurden Diskurse der Zivilgesellschaft in den 90er Jahren und legitime demokratische Forderungen für den Kampf um die Macht im Staat instrumentalisiert“ (Navaro-Yashin 2002: 136). Noch bedeutsamer ist aber, dass hier der Einfluss islamistischer Bewegungen auf die gesellschaftspolitische Struktur der Türkei seit dem Übergang zum Mehrparteiensystem im Jahre 1950 übersehen (vgl. Cavdar 2006) und ihre politische Macht seit den 70er Jahren weitgehend ignoriert wird (vgl. Saribay 1985).

In den letzten drei Jahrzehnten erlebte die Türkei drei große gesellschaftspolitische und sozioökonomische Prozesse: der allmähliche, aber stetige Aufstieg der islamistischen Bewegungen; die rasche Ausweitung des religiösen „way of life“ im Alltagsleben und der scheinbar unaufhaltsame Aufstieg des Neoliberalismus. Alle diese Prozesse haben die sozialen und politischen Strukturen der Türkei sowie die Stellung des Staatsapparates innerhalb der Gesellschaft verwandelt, und verhalfen zugleich der AKP an die Macht. Seit den 50er Jahren wurde neben einigen älteren Tarikats wie den Nakschibendi eine relativ neue Bruderschaft namens „Nurculuk“ immer mehr zu einem Machtfaktor innerhalb rechtsgerichteter und konservativer Parteien. Es schien ein stillschweigendes Einverständnis zwischen den Tarikats und der republikanischen Elite zu geben, solange die Tarikats im Hintergrund blieben und bei der Aufrechterhaltung des Status quo gegen jede Herausforderung von links nützlich waren.³ Aber seinen Höhepunkt erreichte der politische Islam mit dem Militärputsch von 1980. Große, bis dahin weit verstreute Gemeinden verschiedener islamistischer Strömungen erhielten Zugang zu bis dahin nur den kemalistischen Eliten vorbehaltenen staatlichen Institutionen. Diese Gemeinden errichteten starke sozioökonomische Netze (vgl. Mumcu 2008) und sind hierarchisch, in der Regel mit einem „Hoca“ (Prediger) als Führer, organisiert (vgl. Peköz 2009). Obwohl die Generäle ihren Putsch mit der Aufrechterhaltung des säkularen republikanischen Systems zu legitimieren versuchten, zeichnete sich von Beginn an eine sonderbare Nähe zu den Islamisten ab. Diese Nähe führte schließlich zu einer direkten Einflussnahme der Islamisten auf die staatlichen „Geschäfte“ und zu einer Kluft zwischen Säkularen und Islamisten auf allen Ebenen des Staatsapparates und in der Gesellschaft. Das Militärregime trug mit seinem janusköpfigen System zur Politisierung des Islam bei, zu einem Islam, auf

den auch nicht-islamistische Parteien immer wieder zurückgreifen, um ihre sogenannte Nähe zur Gesellschaft nicht zu verlieren. Die Referenz auf „islamische Werte“ hat sich heute zu einer populistischen Aussage transformiert, ohne die keine Politik machbar zu sein scheint. Seit 1980 bemühen sich „professionelle“ Islamisten, in allen staatlichen Institutionen Fuß zu fassen. Ihre Politik ist jedoch kein frontaler Angriff auf alle republikanischen Werte und Traditionen, sondern eine Politik der Belagerung aller Institutionen durch islamistische Kader, um mit einer Demontage des Systems der Checks-and-Balances eine *conditio sine qua non* der Demokratie aus dem Weg zu räumen und schließlich die Türkei in eine islamische Republik zu transformieren. Wenn heute von Staatsstreich in der Türkei die Rede ist, sind durchweg militärische gemeint. Allerdings wird vergessen, dass im Namen der Demokratisierung und mit populistischen Forderungen durchaus ein ernster und gefährlicher „ziviler Putsch“ nicht auszuschließen ist (Öymen 2009: 13). Die Wahl von Abdullah Gül, einem glühenden Islamisten, zum Präsidenten, war einer der ersten Staatsstriche gegen das Gleichgewichtsprinzip. Der Präsident hat heute erhebliche Vollmachten und kann die Mitglieder des Verfassungsgerichts, die Hochschulrektoren, die Richter Oberster Gerichte und den Vorsitzenden des Hochschulrates ernennen (vgl. Bayer 2008). Die Kontrolle über den Polizeiapparat und die Justiz unterliegt zunehmend der AKP und den ihr nahestehenden Islamisten. Auch kann die AKP jederzeit auf eigene Medienmonopole zurückgreifen und kritische Medien wegen angeblicher Gesetzesverstöße in die Schranken weisen. So wurde die Dogan Medienanstalt wegen ihrer kritischen Berichterstattung mit großen finanziellen Auflagen belegt. Im Fall Dogan forderte der Ministerpräsident Erdogan die Menschen sogar öffentlich auf, Zeitungen dieser Mediengruppe zu boykottieren. Und Erdogan stellt seine Intoleranz gegenüber satirischen Blättern immer wieder unter Beweis; derzeit laufen mehrere Verfahren gegen Karikaturisten, Schriftsteller und Satiriker. Von seinen verbalen Entgleisungen bleibt neben Journalisten und Intellektuellen auch die Bevölkerung nicht verschont: So scheute er sich nach dem Grubenunglück im Mai 2010 nicht, den Vorfall als „gottgegeben“ zu deuten. Alle diese Reaktionen und Aggressionen Erdogans entspringen einer populistischen Sichtweise, die den Staat zur Beute persönlicher Führerschaft macht, sowie seinem emotionalen Temperament, das sich in einer direkten Ausdrucksweise Luft verschafft. Sein Populismus zeigt sich in einem Vorfall Ende Juni 2009. Auf einer Feier erklärte Erdogan damals, dass die Polizei „Beschützer seines Regimes“ sei (Uzgel/Duru 2009: 615). Diese Äußerung wurde mit Recht als eine offene „Deklaration seiner Absichten“ bewertet (Mert 2009: 10). Denn insbesondere Institutionen der inneren Sicherheit werden von Fethullah Gülen Kadern, den Unterstützern der AKP, dominiert. Politisch befindet sich das Land heute in einem Machtkampf zwischen der Regierung, den Streitkräften, oppositionellen Parteien, der Justiz, einem Großteil der Intellektuellen und den Universitäten, der die Auseinandersetzung um die Normalisierung der Demokratie prägt (vgl. Ghanim 2009: 8).

Die Beschäftigung mit dieser Entwicklung führt uns zur derzeit besonders mächtigen und global agierenden islamisch missionarischen Bewegung des ehemaligen Predigers Fethullah Gülen. Die „Jünger von Fethullah“ sind heute eine Autorität auf dem Weg zur Islamisierung der Gesellschaft. Ihre Wirkung ist nicht nur in der Türkei zu beobachten. Als eine globale Bewegung wird Gülens Idee durch eigens gegründete Schulen missionarisch verkündet. Allerdings werden diese missionarischen Einrichtungen – auch als ideologische Erziehungsstätten zu verstehen – von manchen europäischen Soziologen lediglich als „sozioreligiöse Bildungsanstalten“ bezeichnet – wohl mit der Absicht, muslimischen türkischen Gemeinden in Europa bei der Integration zu helfen (vgl. Lacey 2009). Eine genauere Analyse sollte uns aber eines Besseren belehren.

DIE FETHULLAH GÜLEN-BEWEGUNG: FÜNFTE KOLONNE ODER HUMANITÄRE MISSION?

Es gibt zwei wichtige, aber sich ergänzende Sichtweisen der Bewegung. Zum einen gibt es den soziologischen Ansatz, das Phänomen der Fethullah Gülen-Bewegung (FGB) als eine Auseinandersetzung um die Kontrolle des öffentlichen Bereichs zu verstehen (vgl. Özdalga 2006: 235). Der zweite Ansatz analysiert die FGB aus der politischen Perspektive. Demnach ist die FGB eine Etappe der Kader-Vorbereitung zur Übernahme staatlicher Institutionen und zur Einbindung in den internationalen Islamismus (vgl. Cetinkaya 2004, 2007; Bölüğiray 2004). In einem prägnanten Artikel geht Sharon-Krespin der Frage nach, „was die Absichten Gülens sind“ (Sharon-Krespin 2009: 61): Diese Frage ist berechtigt, denn „weltliche“ Konzerne haben zwar immer eine marktbeherrschende Stellung in der Türkei gehabt, doch noch nie hat ein einzelner Mensch eine Bewegung geführt, die die türkische Gesellschaft so grundlegend verändern soll. Die Ideologie von Gülen geht von zwei Grundsätzen aus: der Islamisierung des türkischen Nationalismus sowie der „Türkisierung“ und hofft, die Beziehung zwischen Religion und Staat nach dem Vorbild des Osmanischen Reiches zu rehabilitieren. Dass Gülen damit gegen den Säkularismus der Republikgründer argumentiert, ist unbestreitbar (vgl. Bilici 2006: 17).

Heute kann Gülen seine Ideologie über mehrere Medienanstalten, ein riesiges Netz von loyalen Bürokraten, seine Anhängerschaft an Universitäten und Hochschulen, Staatsanwälte und Richter, Beschäftigte der Sicherheits- und Nachrichtendienste, Wirtschaftsverbände, NGOs und Gewerkschaften, Lehrerinnen und Lehrer sowie Ärztinnen und Ärzte verbreiten (vgl. Sharon-Krespin 2009). Sein ultimatives Ziel formulierte er in seinen Predigten im Jahre 1999, die von ihm nahestehenden türkischen TV-Kanälen und in Video-Clips ausgestrahlt wurden. Hier fordert er seine Anhänger auf zu warten, bis die Zeit reif ist, um mit der Bewegung voranzuschreiten, andernfalls, so warnt er, würden sie wie in Algier, Syrien und

Ägypten besiegt. Vielmehr sollen sich erklärte Anhänger „in den Arterien des Systems bewegen, ohne dass jemand ihre Existenz bemerkt, bis sie alle Machtzentren erreicht haben“ (Sharon-Krespin 2009: 61f.). Doch heute ist es unmöglich, sie nicht zu bemerken. Ärzte, die Frauen nicht untersuchen wollen, Ärztinnen, die Männer nicht behandeln, Medizinstudenten, die nicht am Anatomieseminar teilnehmen, Bürgermeister, die Statuen in öffentlichen Anlagen entfernen oder Frauen-Volleyball-Teams verbieten, Gouverneure, die nach Geschlechtern getrennte Schulen fordern und Ärzte, die in TV-Shows auftreten und erklären, dass Krebs durch den Glauben geheilt werden könne, gehören heute bereits zum Alltag. So handeln die Mitglieder dieser Bruderschaft keineswegs dezent, sondern werden zunehmend auffälliger und ihre Machenschaften unberechenbarer.

Information über die genaue Anzahl von Gülen-Schulen in der Türkei und im Ausland sind bislang nicht erhoben worden. Eine solche Erhebung wäre wohl auch nur bedingt aussagekräftig, da sich auch an „normalen“ Schulen Anhänger häufen, die besonders guten Schülerinnen und Schülern kostenlose Unterkunft in den eigenen Heimen, den „Isik Evleri“ oder „Leuchtenden Häusern“, organisieren. So wird die hierarchische Struktur aus der Basis heraus gestützt. Bis 2003 waren schätzungsweise mehr als 100.000 Jugendliche in über 500 Bildungsanstalten der FGB organisiert. Bereits im Jahre 1999 besaß sie 150 private Schulen und ein große Zahl von Wohnheimen (vgl. Agai 2003: 48). Die FGB besitzt Fernsehsender in der Türkei (Samanyolu TV) und in den Vereinigten Staaten (Ebru TV und Mehmetap TV) und wird von dem „konservativen“ Unternehmer- und Industriellenverband gefördert. Darüber hinaus besitzt die FGB die Asia Finance Bank, die Fatih-Universität in Istanbul und die Virginia International University in den Vereinigten Staaten (vgl. Balci 2003). Gülen selbst lebt im US-Staat Pennsylvania, wo er einen dauerhaften Aufenthaltsstatus genießt. „Hier in den USA besitzt die FGG (Fethullah Gülen Gemeinschaft) mehr als 90 öffentliche Schulen in mindestens 20 Staaten. [...] Die Tatsache, dass so wenig über die FGG Schulen hier in den USA geschrieben wurde, sowie die Auszeichnung der FGG als ein Modell des ‚Moderaten‘ durch einige in unserer Regierung, scheint zu bestätigen, dass die FGG und ihre Schulen der Position und Ermahnung Gülens folgen [nämlich der Folgenden:] ‚Bewegt euch mit eurer Existenz unbemerkt im System, bis alle Zentren der Macht erreicht sind‘“ (Rodgers 2009).

Die Gülensche Botschaft der Toleranz und des interreligiösen Dialogs, die die FGB auf die internationale Ebene überträgt, passt ausgezeichnet zur Vorstellung des Westens, insbesondere der US-Politik, „befreundete Muslime“ im Kampf gegen den internationalen Terrorismus zu fördern. Sharon-Krespin bewertet diese Politik wie folgt: „Was die türkischen Islamisten wirklich wollen, ist die Abkehr von den Grundprinzipien der türkischen Republik. Solange die Offiziellen der USA und des Westens nicht erkennen, dass Gülens Rhetorik der Toleranz nur oberflächlich ist, [...] müssen sie eine Antwort auf die Frage finden: ‚Wer verliert die Türkei?‘“ (Sharon-

Krespin 2009: 66) Das Hauptanliegen der FGB ist die Errichtung eines islamischen Staates, und zielt insbesondere auf den Kampf um die Kontrolle des öffentlichen Raums. Augenfällig wird dies besonders an ihrem Verständnis von der Rolle der Frau. Innerhalb der Gemeinschaft sind nur Ehen zwischen den Mitgliedern erlaubt und werden von älteren „Brüdern“ und „Schwestern“ diktiert. So nimmt die Zahl der Frauen zu, die freiwillig beginnen, ein Kopftuch zu tragen. Doch darf nicht vergessen werden, dass sie bereits im Kindesalter in den „Isik Schulen“ dazu verpflichtet werden. Dies ist keine Freiheit der Kleidungswahl oder gar ein Menschenrecht, wie das von der FGB und der derzeitigen türkischen Regierung proklamiert wird. Der französisch-iranische Schriftsteller Djavann schreibt: „[E]s ist unangemessen, die Motivationen eines jeden jungen Mädchens mit dem Tragen des Schleiers zu prüfen, denn auf dem Spiel steht die politische Agenda. [...] Es gibt einen Islam ohne Schleier, aber das islamistische System kann nicht ohne ihn handeln, weil der Schleier ein Symbol, die Fahne und das Kernstück des islamistischen Systems ist“ (Maruani 2009: 2). Man könnte eine Parallele zwischen der FGB und der protestantisch missionarischen Bewegung des neunzehnten Jahrhunderts ziehen, doch erhob diese keinen Anspruch auf staatliche Macht. Die scheinbar humanitären Diskurse und Aktivitäten der FGB und ihre Betonung der Toleranz und des interreligiösen Dialogs könnten als „unschuldige“ Statements aufgefasst werden. Allerdings lässt ihre gesamte Erscheinung und Zielrichtung keinen Zweifel daran, dass die Islamisierung der türkischen Gesellschaft beabsichtigt wird. Der Einfluss von Gülens Politik zeitigt immer mehr Folgen für die Beziehungen zwischen der Regierungspartei und den Säkularisten. Laut Meinungsumfragen ist die Zahl der Menschen, die der AKP-Regierung kein Vertrauen schenken, deutlich gestiegen (vgl. Erdem 2009: 10). Denn die AKP-Führung hat bislang mit ihrer Politik bestätigt, dass sie die Verdachtsmomente und Ängste der Bevölkerung missachtet. Im Wesentlichen ist die AKP nicht genötigt, die Islamisierung unmittelbar selbst zu betreiben, denn sowohl die FGB als auch andere Bruderschaften sind hierin sehr erfolgreich. Zwischen den diversen Bruderschaften, der FGB und der türkischen Regierung besteht ein Zusammenspiel, welches heute keineswegs nur ein innertürkisches Problem ist, sondern auch Auswirkungen auf den traditionellen diplomatischen Verhaltenskodex und die Staatskunst hat. Dies zeigt sich in den aktuellen internationalen Beziehungen und den diplomatischen Skandalen, die von türkischen Staats- und Regierungschefs ausgelöst wurden.

POPULISMUS IN DER AUSSENPOLITIK DER AKP

Seit Beginn der AKP-Regierung vollzieht sich nicht nur innenpolitisch, sondern auch außenpolitisch eine Trendwende. Bereits vor seiner Wahl zum Premierminister versprach Erdogan im Jahre 2002 dem damaligen US-Präsidenten George W. Bush jr., im drohenden Krieg gegen den Irak das

türkische Territorium den US-Truppen zu öffnen. Doch dieses Versprechen war ein Eigentor, und zwar eines zu Lasten der bilateralen Beziehungen. Indem sich Erdogan auf die AKP-Mehrheit im Parlament verließ, ignorierte er die Geschichte der türkischen Außenpolitik sträflich. Denn trotz aller Allianzen hatte der republikanische Staat niemals in seiner Geschichte einen Krieg gegen Nachbarstaaten unterstützt, ausgenommen Operationen unter Führung der Vereinten Nationen, wie während des Ersten Golfkriegs von 1991. Die Stationierung von US-Truppen mit kriegesischen Absichten wurde durch eine Mehrheit im Parlament im März 2003 abgelehnt. Die Rechnung für dieses „Scheitern“ wurde der türkischen Regierung in Form einer Schmähekampagne der USA gegen die Türkei präsentiert (vgl. Criss 2006). Dieser erste Fauxpas von Erdogan geriet allerdings in der Hitze des Krieges in Vergessenheit. Seinen zweiten Skandal produzierte Erdogan im November 2005, beim Abschluss eines Staatsbesuchs in Kopenhagen. Während der Pressekonferenz mit dem dänischen Ministerpräsidenten Anders Fogh Rasmussen bemerkte Erdogan die Anwesenheit des Senders Roj TV, der als pro-PKK (Arbeiterpartei Kurdistans) bekannt ist. Erdogans Proteste in Richtung seines Gastgebers waren so peinlich, dass mit ihm die gesamte Türkei als intolerant gegenüber einem akkreditierten Nachrichtensender zur Zielscheibe europäischer Kritik wurde (vgl. *Hürriyet*, 18.11.2005).

Im Laufe der Zeit verstärkte sich Erdogans Überzeugung, dass den Menschen in der Türkei seine Art der populistischen Darstellungskunst als „harter Mann aus dem Volke“ gefalle. Das Bild vom „harten Mann“ gewann immer mehr Bedeutung für die Gestaltung der Außenbeziehungen des Landes und wurde etwas Ähnliches wie ein Grundsatz der „nationalen Interessen“. Inhaltlich träfe der Begriff „nationale Interessen“ allerdings keineswegs die neue Ausrichtung der türkischen Außenpolitik, wenn man bedenkt, dass die Weltanschauung der islamistischen Gemeinschaft keineswegs auf Nationen, sondern auf die Gesamtheit der Muslime ausgerichtet ist. So kommt die sich ständig ausweitende Islamisierung der internationalen Beziehungen der Türkei wenig überraschend. Im Juli 2008 lud die AKP-Regierung den Präsidenten des Sudan, Omar al-Bashir, auch als der „Schlichter von Sudan“ bekannt, trotz aller Mahnungen westlicher Verbündeter zum Afrika-Gipfel ein. Es schien, als ob sich die türkische Führung nicht daran störe, dass Bashir für das Massaker an 200.000 nicht-arabischen Afrikanern sowie drei Millionen Flüchtlingen verantwortlich ist (vgl. Cetinkaya 2008; Cagaptay 2009a). Hier hatten Investitionsmöglichkeiten und das sudanesischen Öl Vorrang, gedeckt vom Mantel islamischer Verbundenheit.

Am 2. März 2009 schließlich, auf dem Davoser Weltwirtschaftsforum, leistete sich Erdogan einen weiteren Skandal. Hier beleidigte er Israels Präsident Shimon Peres. Wutentbrannt und ganz „starker Mann“ verließ Erdogan die TV-Sitzung und schwor, niemals nach Davos zurückzukehren. Innerhalb einer Woche erklärten arabische Länder wie Saudi-Arabien, Jordanien und Ägypten öffentlich über ihre Außenminister, dass sich Dritte aus dem Prozess der Normalisierung zwischen Arabern und Israel herauszuhal-

ten hätten (vgl. Cerrahoglu 2009). Pensionierte Botschafter drängten in einem öffentlichen Aufruf auf eine Feinabstimmung in den außenpolitischen Beziehungen, fanden jedoch bei Erdogan kein Gehör (vgl. Sanberk 2009). Im April 2009 forderte ein Journalist der *Financial Times* die türkische Regierung auf, Ruhe einkehren zu lassen und zur stillen Diplomatie zurückzukehren. Der Redakteur argumentierte, dass der scharfe Ton in der internationalen Politik nicht nur schädlich für das Land, sondern auch unbegründet sei (vgl. *Financial Times* 2009).

SCHLUSSFOLGERUNGEN

In der Frage nach den Auswirkungen populistischer Tendenzen in der Außenpolitik der Türkei stimmen Analysen darin überein, dass die AKP das Ansehen der Türkei mit ihrer Politik beschädige (vgl. Cagaptay 2009b; Özel 2009). Der derzeitige Imageverlust ist in mehrfacher Hinsicht beunruhigend. In erster Linie stellt sich die Frage, ob die Partei und der Staat zu einer Entität verwachsen. Wenn ja, hat das fatale Folgen für die Zukunft der Demokratie des Landes. Es wäre unrealistisch und auch schädlich, die traditionellen Verhaltensregeln in den auswärtigen Beziehungen aufzukündigen, denn in der Außenpolitik ist kein Raum für emotionalen Populismus. Die Last populistischer Politik eines unberechenbar agierenden „allmächtigen starken Mannes“ wird die Gesellschaft aber wohl noch längere Zeit ertragen müssen. Darüber hinaus ist der Schulterschluss mit radikalen islamistischen Gruppierungen im Nahen Osten nicht förderlich für die Friedensbildung in der Region und wird ursprünglich wohlgesonnene arabische Länder wie Ägypten und Jordanien sowie Israel zunehmend der Türkei entfremden. Schließlich ist der scharfe Ton Erdogans gegen Israels Politik und die nationalistisch-islamistische anti-jüdische Propaganda gegen türkische Juden mehr als besorgniserregend. Denn unter dem Einfluss der AKP verbreitet sich der Trend unter den Islamisten, die Unterscheidung zwischen den türkischen Juden und dem Staate Israel zu verwischen. Wenngleich nach öffentlichen Appellen prominenter türkisch-jüdischer Geschäftsleute und der jüdischen Organisationen in den USA an Erdogan öffentliche Verunglimpfungen und Proteste gegen Juden vorerst gestoppt wurden und der Ministerpräsident gelobte, sich gegen den Antisemitismus in der Türkei zu wehren, bleibt offen, wie er mit seiner Politik dazu beitragen kann (vgl. *Jewish World* 2009; Uslu 2009; *The Jerusalem Post* 2009). Darüber hinaus sind derzeit die institutionellen Barrieren gegen die Islamisierung der Gesellschaft, die die Bruderschaften und insbesondere die missionarischen Aktivitäten der Fethullah Gülen Bewegung vorantreiben, geschwächt. Aber die Islamisten, ob moderat oder extremistisch, definieren sich weiterhin über politischen Islamismus, die talibanesque Weltanschauung,⁴ zunehmende Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Hass gegen Frauen, die allesamt Hand in Hand gehen mit einem zunehmenden sozialen Konservatismus, wie wis-

senschaftliche Umfragen und Analysen belegen. Eine im Juli 2007 von Yılmaz Esmer in 33 Provinzen vorgenommene Umfrage ergab, dass 29 Prozent der Türken die Einführung der Scharia als allgemeines Recht fordern. Darunter ist nicht nur die Einschränkung von Frauenrechten zu verstehen, sondern auch die „Steinigung von Frauen“ als Form der Todesstrafe (vgl. Karakas 2007). Ein Trost ist, dass eine zu diesem Thema durchgeführte Untersuchung im Jahre 1999 einen weitaus höheren Unterstützerkreis fand. Eine Studie von Binnaz Toprak über den zunehmenden Konservatismus kommt zu dem Ergebnis, dass die Kluft zwischen dem säkularen politischen und rechtlichen System und der Islamisierung der Gesellschaft kontinuierlich zunimmt (vgl. Toprak 2009). Dies zeige sich gerade in unterschiedlichen Diskriminierungserscheinungen gegenüber weltlich eingestellten Frauen außerhalb der Metropolen Ankara, Istanbul und Izmir. Ein weiterer beachtenswerter Punkt in Topraks Studie ist, dass die Menschen gezwungen werden, sich in der Öffentlichkeit konservativ zu verhalten, um beruflich und gesellschaftlich anerkannt zu werden. Daher bezeichnet die Wissenschaftlerin die gesellschaftliche Umwandlung nicht als eine Islamisierung, sondern als eine konservative Transformation (vgl. *The Washington Institute for Near East Policy* 2009). Ein weiterer gesellschaftspolitischer Faktor ist die Definition der Sozialdemokratie und der Linken als das „Andere“, wodurch sie im Wettstreit um die politische Dominanz zwischen Liberalen, Nationalisten und Islamisten isoliert und zermürbt werden (vgl. Sahin 2008). Die gefährliche Zunahme des Konservatismus im Alltag und des „Nachbarschaftsdrucks“ wird zwangsläufig säkulare Bereiche des öffentlichen Lebens einengen (vgl. Bozan/Cakir 2008: 98). Der zunehmende sozioökonomische Einfluss des türkischen Islamismus ist der Nährboden für die AKP. Mit der AKP steuert das Land in ein Labyrinth von Neoliberalismus und türkischem Islamismus zu. Allerdings wäre es irreführend, die AKP als einen passiven Vollstrecker dieser Politik zu sehen. Tatsächlich ist die AKP eine der dynamischsten gesellschaftspolitischen Kräfte des Landes und präsentiert sich als Lobbyistin wirtschaftlicher Entwicklung und Demokratisierung. Von Anfang an hat sich die AKP bereitwillig der politischen Agenda gefügt, die in der Türkei traditionell auf wirtschaftliche und politische Stabilität, Demokratisierung und den EU-Beitritt ausgerichtet ist. Vor allem hat sie nahezu alle Auflagen des Internationalen Währungsfonds umgesetzt. Darüber hinaus stellte sich die AKP als eine Partei mit klarem Willen zur weiteren Integration in die EU dar. Hier genießt sie besonderes Wohlwollen großer Unternehmergruppen, der Mainstream-Medien und liberaler Intellektueller, die den EU-Integrationsprozess als „externen Anker“ der weiteren Demokratisierung und wirtschaftlichen Stabilität werten. Außerdem begreifen diese Kreise den Schritt der AKP in Richtung eines EU-Beitritts als einen klaren Beweis für die radikale Distanzierung von der antiwestlichen Haltung der Milli Görüş. So konnte die AKP in ihrer ersten Regierungszeit vom Wohlwollen weiter Kreise profitieren und präsentierte sich als eine starke Regierung und Garanten für politische und wirtschaftliche Stabilität

(vgl. Hosgör 2008). Dennoch ist die AKP eine Partei, die „nicht nur versucht, gewisse Einschränkungen aufzuheben“ (ebd.: 308), sondern insbesondere darauf ausgerichtet ist, die Staatsform durch eine neue Staatsvorstellung, institutionelle Veränderungen, populistische Einflüsse auf den Gesellschaftsvertrag und Eingriffe in die Judikative von Grund auf umzuwandeln. So eskalieren in der AKP-Ära scharfe Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen gesellschaftspolitischen Gruppen über die Form des Staates. Diese Eskalation schlägt sich in ihrer starken Ausprägung in einer Reihe von Krisen nieder. Als Abdullah Gül ohne parlamentarischen Konsens und willkürlich für die Wahl zum Präsidenten im Jahre 2007 von der AKP aufgestellt wurde, meldete sich der Generalstab mit einem „elektronischen Memorandum“ auf seiner Website, und machte auf die Gefahr aufmerksam, die dem Säkularismus drohe. Auch die AKP verschärfte das politische Klima, indem sie das Kopftuchverbot an Universitäten durch eine Änderung der Verfassung beseitigte und damit eine Schließungsklage der Generalstaatsanwaltschaft bewirkte. Trotz all dieser Entwicklungen und trotz der gesellschaftlichen Kritik hat die AKP, gestützt durch den Erdrutschsieg in den Parlamentswahlen von 2007, mittels ihrer auf spezifisch türkischen Voraussetzungen fußenden Variante populistischer Politik Einfluss auf die Institutionen des Landes gewinnen können. Allerdings kann dies nicht als eine Konsolidierung der Demokratie verstanden werden, denn die politische Führung setzt auf eine Machtkonzentration, in der die mit staatlichen Institutionen und mit den anderen gesellschaftlichen Kräften streitende AKP diktatorische Züge annimmt. Ernsthafte Zweifel über die Zukunft des demokratischen Regierens werden heute immer lauter. Denn sich verschlechternde Aussichten für die Zukunft der türkischen Demokratie und der zunehmende Konservatismus im Alltag sind zwei Trends, die im Gegensatz zum EU-Beitrittsprozess und den Demokratisierungs-Paketen stehen und zugleich die nächsten Jahrzehnte des Landes prägen werden.

ANMERKUNGEN

- 1 Die Begriffe „Zentrum“ und „Peripherie“ wurden im türkischen Kontext von Serif Mardin eingeführt. Vgl. Mardin 1973.
- 2 Zu diesem Ansatz vgl. Yavuz 2006; Cizre 2008; Cizre/Cinar 2003; Cinar 2006; Insel 2003.
- 3 So war es kein Zufall, dass Erbakan seine erste islamistische Partei kurz nach dem Militärputsch von 1971 auf Einladung des damaligen Luftwaffengenerals Muhsin Batur gründete. Vgl. Criss 1991.
- 4 Der Begriff „talibanesque“ ist Nilgün Cerrahoglu entliehen.

LITERATUR

- Acikel, Fethi (2003): Mapping the Turkish Political Landscape through November 2002 Elections, in: *Journal of Southern Europe and the Balkans*, H. 5, Nr. 2, S. 185-203.
- Agai, Bekir (2003): The Gülen Movement's Islamic Ethic of Education, in: Hakan Yavuz/John Esposito (Hg.): *Turkish Islam and the Secular State*, New York, S. 48-68.
- Atacan, Fulya (2005): Explaining Religious Politics at the Crossroad: AKP-SP, in: *Turkish Studies*, H. 6, Nr. 2, S. 187-199.
- Balci, Bayram (2003): Fethullah Gülen's Missionary Schools in Central Asia and their Role in the Spreading of Turkism and Islam, in: *Religion, State & Society*, H. 31, Nr. 2, S. 151-177.
- Bayer, Yalcin (2008): Yeni üniversitelerde tarikat-cemaat savası (Krieg der Tarikat und Gemeinschaften an den neuen Universitaeten), in: *Hürriyet*, 29.7.2008, online unter: <http://arama.hurriyet.com.tr/arsivnews> (abgerufen am 4.5.2010).
- Bilici, Mücahit (2006): The Fethullah Gülen Movement and Its Politics of Representation in Turkey, in: *Muslim World*, H. 96, Januar 2006, S. 1-20.
- Bölügeray, Nevzat (2004): AKP Degisiyor mu?, Istanbul.
- Bozan, İrfan/Rusen Cakir (2009): Mahalle Baskisi Var Mi Yok Mu? (Herrscht ein Nachbarschaftsdruck oder nicht?), Istanbul.
- Cagaptay, Soner (2009a): Türkiye artık o eski Türkiye degil, in: *Newsweek Türkiye*, online unter: <http://www.newsweekturkiye.com> (abgerufen am 10.7.2009).
- Cagaptay, Soner (2009b): The AKP's Foreign Policy: The Misnomer of 'Neo-Ottomanism', in: *The Washington Institute of Near East Policy* (27.4.2009).
- Cavdar, Gamze (2006): Islamist New Thinking in Turkey: A Model for Political Learning, in: *Political Science Quarterly*, H. 121, Nr. 3, S. 486f.
- Cekirge, Yavuz (2009): Kral Abdullah ziyaretinin perde arkası (Hintergründe des Besuchs von König Abdallah), in: *Hürriyet*, 8.7.2009, online unter: <http://www.hurriyet.com.tr/satrategi> (abgerufen am 8.7.2009).
- Cerrahoglu, Nilgün (2009): Arapca Balans Ayari, in: *Cumhuriyet*, 8.2.2009, online unter: <http://www.cumhuriyet.com.tr> (abgerufen am 11.6.2009).
- Cetinkaya, Hikmet (2004): Fethullah Gülen'in 40 Yıllık Serüveni, Istanbul.
- Cetinkaya, Hikmet (2007): Fethullah Gülen, ABD ve AKP, Istanbul.
- Cetinkaya, Hikmet (2008): Darfur Kasabi Türkiye'de, in: *Cumhuriyet*, 20.8.2008, online unter: http://erdem43.blogcu.com/darfur-kasabi-hitmetcetin_223 (abgerufen am 10.7.2009).
- Cinar, Menderes (2006): Turkey's Transformation under the AKP Rule, in: *The Muslim World*, H. 96, Nr. 3, S. 469-486.

- Cizre, Ümit (Hg.) (2008): *Secular and Islamic Politics in Turkey: The Making of the Justice and Development Party*, London.
- Cizre, Ümit/Menderes Cinar (2003): *Turkey 2002: Kemalism, Islamism and Politics in the Light of the February 28 Process*, in: *The South Atlantic Quarterly*, H. 102, Nr. 2/3, S. 309-332.
- Criss, Nur Bilge (1991): *Mercenaries of Ideology. Turkey's Terrorism War*, in: Barry Rubin (Hg.), *Terrorism and Politics*, New York, S. 123-150.
- Criss, Nur Bilge (2006): *Turkish Foreign and Security Policy with the AKP Government*, in: Antonio Marquina/Mustafa Aydın (Hg.), *Turkish Foreign and Security Policy, Its Environs in Eurasia and the Middle East*, Madrid, S. 23-46.
- Erdem, Tarhan (2009): *Sorunumuz Andic mi?*, in: *Radikal*, 15.6.2009, S. 10.
- Financial Times (2009): *Turkey Should Try Calm and Quiet Diplomacy*, in: *Financial Times*, 12.4.2009, S. 2.
- Ghanim, David (2009): *Turkish Democracy and Political Islam*, in: *Middle East Policy*, Frühjahr 2009, S. 7f.
- Gözyaydin, İstar (2008): *Religion, Politics, and the Politics of Religion in Turkey*, in: Dietrich Jung/Catharina Raudvere (Hg.), *Religion, Politics and Turkey's EU Accession*, New York, S. 160-176.
- Heper, Metin/Nur Bilge Criss (2009): *Historical Dictionary of Turkey*, 3. Aufl., Lanham, MD.
- Hosgör, Evren (2008): *AKP, State and Capital: A Class-Theoretical Re-interpretation of the Conflict Between the „Centre” and „Periphery” in Turkey*, Lancaster University, unveröffentlichte Dissertation.
- Insel, Ahmet, (2003): *The AKP and Normalizing Democracy in Turkey*, in: *The South Atlantic Quarterly*, H. 102, Nr. 2/3, S. 293-308.
- Jewish World (2009): *Jewish Based Organizations Urge Turkish PM to Address anti-Semitism*, in: *Jewish World*, 23.1.2009, online unter: <http://www.1923turk.biz> (abgerufen am 30.4.2009).
- Kahraman, Hasan Bülent (2007): *Türk Sagi ve AKP*, Istanbul.
- Karakas, Eser (2007): *Prof. Dr. Yılmaz Esmer'in ilginç Arastirmasi*, in: *Star*, 19.8.2007, online unter: <http://www.cafesiyaset.com/haber/2007-0819> (abgerufen am 14.9.2009).
- Keyman, Fuat (2009): *Yeni Siyaset Gerekliligi*, in: *Radikal İki*, Nr. 12 (Juli 2009).
- Kurt, Ümit (2009): *AKP: Yeni Merkez Sag mi?*, Ankara.
- Lacey, Jonathan (2009): *The Gülen Movement in Ireland: Civil Society Engagements of a Turkish Religiocultural Movement*, in: *Turkish Studies*, H. 10, Nr. 2 (Juni 2009), S. 295-315.
- Mardin, Serif (1973): *Centre-Periphery Relations: A Key to Turkish Politics*, in: *Daedalus*, H. 102, Nr. 1, S. 169-190.
- Maruani, N. (2009): *Reformist Iranian-French Writer Chahdortt Djavann: The Hijab, a Political Weapon and Form of Sexual Abuse, Should be*

- Outlawed, in: MEMRI (Middle East Media Research Institute), Iran/Reform Project No. 533, 7.7.2009, S. 2.
- Mert, Nuray (2009): Rejim'in Koruyucusu Kim? (Wer ist der Beschützer des Regimes?), in: Radikal, 2.7.2009, S. 10.
- Mumcu, Ugur (2008): Tarikat, Siyaset, Ticaret, 27. Aufl., Ankara.
- Navaro-Yashin, Yael (2002): Faces of the State: Secularism and Public Life in Turkey, Princeton, NJ.
- Öymen, Altan (2009): Demokrasiyle Gelen 'sivil darbe'ciler, in: Radikal, 24.2.2009, S. 13.
- Özdalga, Elisabeth (2006): İslamcılığın Türkiye Seyri, Sosyolojik Bir Perspektif, İstanbul.
- Özel, Soli (2009): Divining Davutoglu: Turkey's Foreign Policy Under New Leadership, in: On Turkey, 4.6.2009, S. 1-3.
- Peköz, Mustafa (2009): İslami Cumhuriyete Doğru, Türkiye'de Siyasal İslamın Dünü, Bugünü ve Yarını, İstanbul.
- Rodgers, Guy (2009): Fethullah Gulen: Infiltrating the U.S. Through Our Charter Schools?, online unter: <http://www.actforamerica.org/index.php> (abgerufen am 28.4.2009).
- Sahin, Haluk (2008): Liberaller, Ulusalçılar, İslamcılar ve Ötekiler, İstanbul.
- Sanberk, Özdem (2009): Gazze krizinden kim kazançlı çıktı?, in: Radikal, 17.2.2009, S. 15.
- Sarıbay, Ali Yasar (1985): Türkiye'de Modernleşme, Din ve Parti Politikası „MSP Örnek Olayı“, İstanbul.
- Sharon-Krespin, Rachel (2009): Fethullah Gülen's Grand Ambition, Turkey's Islamist Danger, in: The Middle East Quarterly, H. XVI, Nr. 1 (Winter 2009), S. 55-66.
- The Jerusalem Post (2009): Erdogan Vows to Fight Anti-Semitism in Turkey, in: The Jerusalem Post, 3.2.2009, online unter: <http://www.jpost.com> (abgerufen am 20.4.2009).
- The Washington Institute for Near East Policy (2009): Political Power and Social Conservatism in Turkey, Featuring Binnaz Toprak, in: Policy-watch, Nr. 1529, 8.6.2009.
- Toprak, Binnaz (2009): Türkiye'de Farklı Olmak: Din ve Muhafazakarlık Ekseninde Ötekileştirilenler, İstanbul.
- Uslu, Emrullah (2009): AKP Government's Policies Toward Anti-Semitism May Not be Enough, in: Eurasia Daily Monitor, H. 6, Nr. 22, 3.2.2009.
- Uzgel, İlhan/Bülent Duru (Hg.) (2009): AKP Kitabı, Bir Dönüşümün Bilançosu (AKP's Geschichte: Bilanz einer Transformation), Ankara, S. 614-629.
- Yavuz, Hakan M. (Hg.) (2006): The Emergence of a New Turkey: Democracy and the AK Party, Salt Lake City.
- Yildiz, Ahmet (2003): Politico-Religious Discourse of Political Islam in Turkey: The Parties of National Outlook, in: Muslim World, Jg. 93, H. 2, S. 187-200.

